

auf das Haus stützt die Neonazi-These allerdings nicht: Zwar flog am 2. August 2006, morgens um 1.25 Uhr, eine Gehwegplatte durch die Scheibe eines türkischen Cafés im Erdgeschoss, und hinterher flogen noch zwei Molotow-Cocktails. Doch die beiden Männer, die mit einem Auto flüchteten, sollen Südländer gewesen sein.

Auch fanden jetzt, nach der Katastrophe, die eingesetzten Suchhunde im Keller keinen Hinweis auf einen Brandanschlag. Zum gleichen Ergebnis kam die Untersuchung mit dem Spektrometer: keine Spuren eines Brandbeschleunigers, etwa Benzin. Weitere Aufschlüsse erhofft sich die auf 87 Beamte aufgestockte Soko nun noch von den Bildern mehrerer Kameras, die die Ausfahrt eines Parkplatzes überwachen – und auch das Vorfeld des Hauses. Am Donnerstag sicherte die Polizei die Aufnahmen; ihre Auswertung kann allerdings dauern.

Die Klagen und Anklagen der türkischen Regierung kamen daher etwas schnell, und der Erste, der das zu spüren bekam, war Innenminister Wolfgang Schäuble vergangene Woche beim Staatsbesuch in Ankara. Dort traf er Ministerpräsident Erdogan, der nicht nur, wie üblich, auf einem künstlich erhöhten Bürostuhl über seinen Besuchern thronte, sondern Schäuble auch wie einen Befehlsempfänger behandelte. „Wir wollen kein neues Solingen erleben“, rügte Erdogan – als ob Schäuble das in der Hand hätte. Zeitweilig sprach der starke Mann der Türkei so schneidend, dass die Diplomaten, die Schäuble begleiteten, nicht mehr wussten, wo sie noch hinschauen sollten.

Auch dass Erdogan seinen Deutschland-Besuch anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz am Donnerstag in Ludwigs-hafen startete, verstanden die Deutschen als Versuch, sie in die Defensive zu drängen, selbst wenn Erdogan vor Ort dazu aufrief, „die Freundschaft zu Deutschland zu stärken“. Schäuble hatte dagegen schon in der Türkei seine eigenen Landsleute in Schutz genommen: „Haltlose Unterstellungen werden weder der Sache noch den Opfern gerecht, ich halte sie deshalb für unverantwortlich.“

Wozu so etwas führt, kurz nach Roland Kochs Wahlkampfparolen von wachsender Ausländergewalt? Zu Szenen einer Feindschaft: Junge Türken spuckten Fahrzeuge von Feuerwehr und Technischem Hilfswerk an; ein Türke schlug einen Feuerwehrmann zu Boden, weil die Retter angeblich nicht schnell genug angerückt waren. Und auf dem Danziger Platz stand am vergangenen Donnerstag die elfjährige Cevriye Güvenç, die mit ihren Eltern extra aus dem 80 Kilometer entfernten Mosbach gekommen war. Warum? „Um gegen die ganzen Nazis in Ludwigshafen zu demonstrieren.“

JÜRGEN DAHLKAMP,
KATRIN ELGER, SIMONE KAISER,
SVEN RÖBEL, HOLGER STARK,
DANIEL STEINVORTH, ANDREAS ULRICH

JUSTIZ

Kampf der Zitate

Unter Innenpolitikern ist strittig, wie gefährlich Scientology ist. Richter entscheiden diese Woche, ob die Truppe weiter vom Verfassungsschutz beobachtet werden darf.

Gewöhnlich erhält Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) andere Post. Im vergangenen Herbst aber steckte in einer Postsendung eine Broschüre mit dem Titel „Der Weg zum Glücklichein“. Auf dem Deckblatt stand bereits sein Name, die Absender baten darum, Schäuble möge doch noch mehr Hefte ordern.

Verantwortlich für die ungewollte Le-benshilfe war angeblich eine Stiftung aus

für ein mögliches Verbot von Scientology zu sammeln. Anlass dafür war auch die Eröffnung einer pompösen Dependance in der Berliner Innenstadt, die als Macht-demonstration verstanden werden konnte.

Im Verfahren „Scientology gegen Bundesrepublik Deutschland“ werden die Vertreter des Innenministeriums nicht nur auf die Aktivitäten der Hauptstadtzentrale verweisen. Die Gefährlichkeit wollen sie mit einem beachtlichen Zitatenschatz des Scientology-Gründers L. Ron Hubbard und seiner Jünger belegen. In Hunderten von Texten wettert der 1986 gestorbene Science-Fiction-Autor auch gegen die Demokratie, er erläutert zudem, wann Kritiker und Ex-Mitglieder drangsaliiert werden müssten und warum Scientology einen eigenen Geheimdienst brauche.

Im Kampf Zitate gegen Zitate kontern die Scientologen freilich mit ebenso vielen Schriftstücken, die als Beleg für die Friedfertigkeit des Gurus gelten sollen. Aus ihrer Textsammlung ergebe sich, dass das Verfassungsschutzmaterial aus zusammenhanglosen „Zitatfetzen“ bestehe, es sei voller „böswilliger“ Unterstellungen und „verfassungsfeindlicher Interpretations-Phantasien“. Freilich können die Verfassungsschützer nicht nur belegen, wie aggressiv Scientologen werben, sondern auch, wie erfolglos.

Offensichtlich fehlen Menschen und Moneten für die Mission. So hatte die Psychogruppe zwar vor zwei Jahren auf einem „Expansionsgipfel“ in Brüssel beschlossen, sich nun in Europa verstärkt zu engagieren. In Deutschland ist ihr Erfolg aber äußerst gering. Für die neue Berliner Zentrale, im Scientologen-Jargon die „Ideale Org“, waren wohl nur schwer Mitarbeiter zu finden, weshalb für die

Suche Experten aus Südafrika und Italien kamen – die nicht einmal Deutsch konnten. Verfassungsschützern zufolge soll die Organisation in Deutschland nur 5000 bis 6000 Mitglieder haben, obwohl Scientology selbst von 30 000 spricht.

Nichts wurde auch aus Plänen, in Stuttgart ebenfalls eine „Ideale Org“ zu errichten. Die dänische Europazentrale hatte zwar beschlossen, dass die Kosten von einer Million Euro von 55 Mitgliedern „gespendet“ werden sollten. Doch die zahlten offenbar nicht genug – und das, obwohl Scientology für diesen „Verrat“ zunächst mit harten Strafen drohte. Wenig Hilfe für die „planetarische Rettungskampagne“ kommt wohl auch aus den Firmen, in denen Scientologen angeblich das Sagen haben. Bis auf eine einzige würden sie „nicht wirklich expandieren“, heißt es in einer anderen Nachricht, die den Verfassungsschützern vorliegt.

MICHAEL FRÖHLINGSDORF, HOLGER STARK



JOCHEN ZICK / KEVSTONE

Scientology-Dependance in Berlin „Operation Planetarische Ruhe“

den USA, die „The Way to Happiness Foundation International“. Doch hinter den vermeintlichen Glücksbringern verbirgt sich Scientology. 60 000 solcher Broschüren seien im Rahmen der „Operation Planetarische Ruhe“ schon verbreitet worden, rühmten sich Aktivisten der Psychogruppe intern. Die „Basisbewegung“ werde „bald die ganze Gesellschaft erfassen“.

Nun wird sich erst einmal das Oberverwaltungsgericht in Münster mit dem Brief an den Minister beschäftigen. Er ist ein Beweisstück in einem Verfahren vor dem 5. Senat. Der wird am Dienstag unter Vorsitz des Gerichtspräsidenten Michael Bertrams entscheiden, ob die Beobachtung der Scientologen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz rechtmäßig ist. Kippen die Richter die Ausforschung, wäre damit wohl auch eine andere Idee vom Tisch – Scientology in Deutschland zu verbieten.

Denn die Innenminister der Länder haben im Dezember beschlossen, Material